

Aufnahme- und Pragmatisierungspolitik 2016

Bericht 2016

auf Basis MR-Beschluss vom 3. Mai 2016

BUNDESKANZLERAMT  ÖSTERREICH

1. Aufnahmepolitik 2016
Zielabweichung in der betriebsmäßigen Darstellung (exkl.
Ausgegliederte)
Stand 31. Dezember 2016 in VBÄ

Nummer	UG	Ziel 31.12.2016 ¹⁾	Ist 31.12.2016	Menschen mit Behinderung ²⁾	31.12.2016 abzüglich Menschen mit Behinderung	Zielab- weichung absolut	Zielab- weichung in %
01	Präsidentenkanzlei	77	70		70	-7	-9,4%
02	Bundesgesetzgebung	430	420		420	-10	-2,3%
03	Verfassungsgerichtshof	98	90		90	-8	-8,4%
04	Verwaltungsgerichtshof	197	178		178	-19	-9,4%
05	Volksanwaltschaft	75	74	1	73	-2	-2,7%
06	Rechnungshof	312	271		271	-41	-13,2%
10/32	Bundeskanzleramt	1.597	1.528	3	1.525	-72	-4,5%
11	Inneres	34.222	33.478	14	33.464	-758	-2,2%
11	davon Exekutivdienst (inkl. AspirantInnen, SV Greko)	28.878	28.007		28.007	-871	-3,0%
11	davon Inneres exkl. Exekutivdienst	5.344	5.471	14	5.457	113	2,1%
12	Europa, Integration und Äußeres	1.212	1.150	3	1.147	-65	-5,3%
13	Justiz	11.364	11.075	8	11.066	-298	-2,6%
14	Landesverteidigung und Sport	21.602	20.872	11	20.861	-741	-3,4%
15	Finanzen	11.229	10.504	2	10.502	-727	-6,5%
20/21	Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz	1.526	1.505	24	1.480	-46	-3,0%
24	Gesundheit und Frauen	411	391	2	389	-22	-5,3%
25	Familien und Jugend	125	104		104	-21	-17,0%
30	Bildung	44.492	44.957	57	44.901	409	0,9%
30	davon Schulbetrieb LehrerInnen	38.767	39.070	1	39.069	302	0,8%
30	davon Bildung und Frauen exkl. Schulbetrieb LehrerInnen	5.725	5.887	55	5.832	107	1,9%
31/40	Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft	2.796	2.768	14	2.754	-42	-1,5%
41	Verkehr, Innovation und Technologie	1.008	846	1	845	-163	-16,1%
42	Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	2.443	2.459	8	2.451	8	0,3%
42	davon Schulbetrieb LehrerInnen	470	472		472	2	0,5%
42	davon Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft exkl. Schulbetrieb LehrerInnen	1.973	1.987	8	1.979	6	0,3%
Gesamt- ergebnis		135.216	132.741	148	132.593	-2.623	-1,9%

¹⁾ VBÄ-Ziele 2016 gemäß MR-Beschluss vom 3. Mai 2016 (100. MR, TOP 5, GZ 928.500/0003-III/7/2016) angepasst um Post/Telekom-Mobilität und BMLVS-Mobilität 2016; Kompetenzverschiebung der Frauenagenden vom Bundesministerium für Bildung und Frauen ins BM für Gesundheit gemäß BMG-Novelle 2016 (BGBl. I, Nr. 49/2016 vom 1. Juli 2016); Anpassung gemäß Änderung des BFG 2016, Anlage IV (BGBl. I, Nr. 60/2016 vom 22. Juli 2016)

²⁾ davon vom Ziel ausgenommene Menschen mit einem Behinderungsgrad von 70 % und mehr

Der Personalstand beträgt zum 31. Dezember 2016 insgesamt 132.741 mittelverwendungswirksame Personalkapazitäten (VBÄ). Der Zielwert in Höhe von 135.216 ist nach Abzug der Menschen mit einem Behinderungsgrad von 70% oder mehr um 2.623 VBÄ übererfüllt.

In der Ressortsicht haben alle Ressorts mit Ausnahme des Bildungsressorts (409 VBÄ bzw. 0,9%) und des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft (8 VBÄ bzw. 0,3%) aktuell die Zielvorgabe erreicht.

Gemäß MR-Beschluss vom 26. August 2011 sind Neuaufnahmen von Menschen mit einem Behinderungsgrad von 70% oder mehr von den VBÄ-Einsparungszielen ausgenommen. Mit Stand 31. Dezember 2016 sind daher 148 VBÄ nicht auf das Ziel anzurechnen.

Als relevante Messgröße für den Personalstand wird die mittelverwendungswirksame Personalkapazität (VBÄ) im Personalaufwand definiert. Die Zielgrößen gelten jeweils für das Ende eines Kalenderjahres. Datenquelle ist das Management-informationssystem „PM-SAP MIS“ des Bundes.

Die jeweiligen Zielabweichungen der betreffenden Ressorts können im Detail der Tabelle entnommen werden.

2. Mobilitätsprogramme 2016

Entsprechend dem forcierten Mobilitätsprogramm der Bundesregierung können Post/Telekom-BeamtInnen in bestimmten Bundesdienststellen mit besonderem Bedarf im Ausmaß von 1.267 VBÄ eingesetzt werden. Die VBÄ-Ziele sind halbjährlich entsprechend den tatsächlich erfolgten Versetzungen anzupassen und führen für das zweite Halbjahr 2016 zu einer Erhöhung des VBÄ-Zieles im Ausmaß von +42 VBÄ. Im gesamten Jahr 2016 wurden im Rahmen der Mobilitätsprogramme Etappe I und II 80 Post/Telekom-BeamtInnen versetzt. Insgesamt fanden 918 Versetzungen statt, die sowohl im tatsächlichen Personalstand als auch bei den VBÄ-Zielen berücksichtigt sind.

Ein weiteres Mobilitätsprogramm umfasst den Einsatz von MitarbeiterInnen der Landesverteidigung in den Ressorts Inneres, Justiz und Finanzen auf zweckgebundenen Planstellen. 6 von insgesamt 10 Versetzungen im Jahr 2016 wurden im zweiten Halbjahr 2016 durchgeführt. Seit Beginn des Mobilitätsprojektes sind somit 71 MitarbeiterInnen der Landesverteidigung auf zweckgebundenen Planstellen (BMI: +5, BMJ: +6, BMF: +60).

Insgesamt sind im Justizressort 30 zweckgewidmete Planstellen des Exekutivdienstes, Inneres 300 Planstellen des Exekutivdienstes und Finanzen 70 Planstellen des Allgemeinen Verwaltungsdienstes bereits sowohl im Personalplan als auch bei den VBÄ-Zielen berücksichtigt. Ist die Personalmobilität im vorgesehenen Umfang durch MitarbeiterInnen der Landesverteidigung bzw. Post/Telekom-BeamtenInnen bis Ende 2018 nicht möglich, werden die VBÄ-Ziele in diesem Ausmaß adaptiert.

Ein weiteres Mobilitätsprojekt zur Förderung eines nachhaltigen Mobilitäts- und Kapazitätsmanagements sieht einen Transfer im Ausmaß von bis zu 162 VBÄ und Planstellen von MitarbeiterInnen der Landesverteidigung zum Innenressort für das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl vor. Nach Versetzung der MitarbeiterInnen wird das VBÄ-Ziel halbjährlich (Stichtag 1. Juni und 31. Dezember) auf Basis der Ressortmeldung an das Bundeskanzleramt angepasst. Im zweiten Halbjahr 2016 fanden 46 Versetzungen statt, die zu einer Adaptierung der VBÄ-Ziele von der Landesverteidigung zum Innenressort führten. Im gesamten Jahr 2016 wurden 92 und insgesamt bereits 119 MitarbeiterInnen versetzt.

Ein weiteres Verwaltungsübereinkommen sieht einen Transfer von bis zu 30 Planstellen von MitarbeiterInnen der Landesverteidigung zum Justizressort für den Bereich des Strafvollzugs vor. Nach Versetzung der MitarbeiterInnen vom Ressort Landesverteidigung und Sport in das Bundesministerium für Justiz wird das VBÄ-Ziel im Einvernehmen halbjährlich (Stichtag 1. Juni und 31. Dezember) auf Basis der Ressortmeldung an das Bundeskanzleramt angepasst. Im zweiten Halbjahr 2016 fand eine Versetzung statt, die zu einer Adaptierung der VBÄ-Ziele von der Landesverteidigung zum Justizressort führt. Im gesamten Jahr 2016 wurden 11 und insgesamt bereits 21 Mitarbeiterinnen versetzt.

VBÄ-Zielanpassungen 2016

UG	Ressort	Erste Halbjahr 2016	Zweites Halbjahr 2016	Gesamt 2016
11	Inneres	67	64	131
13	Justiz	13	5	18
14	Landesverteidigung und Sport	-56	-47	-103
15	Finanzen	9	14	23
30	Bildung	3	1	4
31/40	Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft	1	2	3
41	Verkehr, Innovation und Technologie	1	2	3
42	Land-, Forst und Wasserwirtschaft		1	1

3. Pragmatisierungspolitik im Jahr 2016

Der Pragmatisierungsstopp wurde im Jahr 2006 auf unbestimmte Zeit verlängert. Zum Stichtag 31. Dezember 2016 befinden sich 73.686 BeamtInnen (in VBÄ) im Bundesdienst und darüber hinaus 6.179 in ausgegliederten Einrichtungen exkl. PTV. Die Anzahl der BeamtInnen ist im Vergleich zum Jahresende 2015 um 1.082 VBÄ gesunken. Bei den ausgegliederten Einrichtungen (exkl. Post/Telekom) ist 2016 die Anzahl im Vergleich zum Jahresende 2015 um 296 VBÄ gesunken. Der Beamtenanteil im Bundesbereich beträgt aktuell 55,5%. In der Post/Telekom beträgt der Personalstand 12.728 VBÄ und ist im Vergleich zum Jahresende 2015 um 747 VBÄ bzw. 5,5% gesunken.